

Generell gilt Grund Nr. 7 des Landtagswahlprogramms:

Tierschutz unverzichtbar – ÖDP – die Tierschutzpartei

Wie eine Gesellschaft mit Tieren umgeht, sagt viel über ihr ethisches Grundgerüst aus.

Wer einmal die Massentierhaltung und das Massenschlachten in seiner industrialisierten Form gesehen hat, wer die Tierversuchs-Tatsachen im Forschungsbetrieb kennt, der kann sich mit den gegebenen Zuständen nicht abfinden. Wir treten für eine stetige Verbesserung des Tierschutzes ein und fordern die Einrichtung eines Forschungsinstituts an einer bayerischen Universität zur Entwicklung und Förderung von Alternativen zu Tierversuchen. Tiere haben Rechte und brauchen eine Lobby!

1. Verbandsklagerecht

Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, werden die beiden Staatsziele ungleich behandelt, wenn es um das Verbandsklagerecht geht. Erfahrungen in Bremen, wo es die Tierschutzverbandsklage inzwischen gibt, zeigen zudem, dass die von den Gegnern der Verbandsklage befürchtete Klageflut ausgeblieben ist. Da auf Bundesebene keine Lösung in Sicht ist, ist die Einführung auf Landesebene geboten. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzorganisationen in Bayern einsetzen? Wenn ja, für welche Klageart(en) setzen Sie sich ein (Feststellungs-, Anfechtungs-, Verpflichtungsklage)? Details finden Sie hier: <http://albert-schweitzer-stiftung.de/tierschutzverbandsklage>

Ja! Uns ist diese Forderung nach einem Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so wichtig, dass wir dieser Forderung sogar einen eigenen Punkt in unserem Landtagswahlprogramm „Viele Gründe ÖDP zu wählen!“ gewidmet haben. Im Grund Nr. 99 verlangen wir ein Verbandsklagerecht nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundes- und Europaebene. Nur so können die Belange des Tierschutzes endlich wirksam vertreten und durchgesetzt werden.

Wir sehen in der Einführung einer Anfechtungs- und Verpflichtungsklage das richtige Mittel.

siehe auch Grund Nr. 99 im Landtagswahlprogramm:

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände!

2. Akkordlöhne in Schlachthöfen

Durch diverse Medienberichte und Stellungnahmen von Experten wurde in den letzten Jahren deutlich, dass es in Schlachthöfen bei Rindern, Schweinen, Hühnern und anderen Tieren häufig zu Fehlbetäubungen kommt, die zu erheblichen Qualen führen. Zum Teil ist dies eine Folge des Zeitdrucks, unter dem die Arbeiter aufgrund ihrer Akkordlohnmodelle stehen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Akkordlöhne für Arbeiten am lebenden Tier verboten werden, um solche Zustände in Zukunft zu verhindern?

Ja! Die §§ 4 und 4a des Tierschutzgesetzes schreiben die Betäubungspflicht bei warmblütigen Tieren vor Beginn des Blutentzugs zwingend vor, insofern ist eine Schlachtung bei mangelhafter oder fehlender Betäubung ein Verstoß gegen das Gesetz. Besonders in industrialisierten Schlachtbetrieben, z. T. mit mehreren tausend Schlachtungen pro Tag, geht aber oft die Profitorientierung dem Tierschutz vor. Ein Verbot von Akkordlohnmodellen in diesem sensiblen Bereich könnte helfen den Tierschutz bei der Schlachtung zu verbessern.

siehe auch Grund Nr. 98 unseres Landtagswahlprogramms:

Keine Schlachtiertransporte weiter als 100 km!

3. Veterinärbehörden

Amtsveterinäre beklagen wiederholt, dass sie wegen Überlastung viel zu wenige Tierhalter kontrollieren können und dass die Kontrollen häufig unter Zeitdruck stattfinden müssen, wodurch viele Missstände unerkannt bleiben. Außerdem ist immer wieder von Fällen zu hören, in denen engagierte Amtsveterinäre von ihren Vorgesetzten daran gehindert werden, das Tierschutzgesetz konsequent zu vollziehen. Ein drittes Problemfeld ist das oft fehlende Fachwissen zu bestimmten Tierarten.

a. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Amtsveterinäre mehr und gründlichere Tierschutz-Kontrollen durchführen können?

zu a:

Ja! Dazu gehört in erster Linie eine bessere personelle Ausstattung der Veterinärämter. Durch die Eingliederung der Veterinärämter in die Landratsämter wurde den Kontrollen vielfach der „Biss“ genommen, da lokale Abhängigkeiten zu einem großen Problem werden können.

b. Befürwortet Ihre Partei, dass Tierschutzorganisationen fachkundige Tierschutzinspektoren bereitstellen, die ohne hoheitliche Befugnisse Tierhaltungen besuchen und Missstände an die zuständige Veterinärbehörde melden, woraufhin diese tätig wird?

zu b:

Die Anzeige von tierschutzwidrigem Zuständen bei den Veterinärbehörden ist das Recht eines jeden Bürgers, ebenso wie es die Pflicht der Behörden ist, der Anzeige nachzugehen.

c. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass fachkundige Tierschutzinspektoren von anerkannten Organisationen mit denjenigen hoheitlichen Befugnissen beliehen werden, die sie benötigen, um tierschutzrechtliche Missstände aufzudecken und entsprechende Beweise sichern zu können?

zu c:

Nein. Die Ausübung von Hoheitsrechten gegenüber dem Bürger sollte dem Staat obliegen. Das nimmt diesen aber natürlich auch massiv in die Pflicht, besonders in Sachen Tierschutz den Aufgaben auch wirklich nachzukommen.

4. ELER-Programm

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das ELER-Programm in Bayern stärker genutzt wird, um tiergerechtere Haltungsverfahren zu fördern (beispielsweise die Weidehaltung von Kühen und die Schweinehaltung auf Stroh), nicht nur durch Investitionsförderung, sondern auch durch laufende Zahlungen?

Ja! Direktzahlungen an Landwirte müssen verbindlich an einfache, aber wirksame, ökologische, soziale und tierschützerische Standards gebunden werden.

5. Fleischkonsum

Laut der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) essen die Deutschen drei Mal mehr Fleisch als gesund für sie wäre. Volkskrankheiten wie Fettleibigkeit und Herzerkrankungen sind die Folgen. Laut der Welternährungsorganisation (FAO) ist die Erzeugung von Fleisch zudem sehr viel umweltbelastender als die Erzeugung pflanzlicher Produkte. Und nicht zuletzt konnten in den vergangenen Jahren verstärkt die Zusammenhänge zwischen dem industriestaatlichen Fleischkonsum und dem Welthunger aufgezeigt werden (zuletzt u. a. vom Umweltbundesamt). Wird sich Ihre Partei vor diesem Hintergrund grundsätzlich dafür einsetzen, den Fleischkonsum

über Aufklärung und andere freiwillige Maßnahmen zu reduzieren?

Ja! Die ÖDP trägt einen kleinen Teil zum Bewusstseinswandel bei, indem seit einigen Jahren die Verpflegung auf Parteitag rein vegetarisch angeboten wird. Und zum effizienten Umgang mit Energie, den die ÖDP seit jeher im Programm hat, gehört der reduzierte Fleischkonsum sowieso.

6. Jagd

Das Jagdrecht erlaubt Praktiken, die nach unserer Auffassung nicht mit dem Tierschutz vereinbar sind.

a. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, das Töten von Haushunden und Hauskatzen durch Jäger zu verbieten?

zu a:

Ja! Die ÖDP tritt für ein Verbot der Tötung von Haushunden und -katzen durch Jäger ein. Beide Tierarten sind kein „jagdbares Wild“ und fallen deshalb unter die Betäubungspflicht, d. h. vor der Tötung muss eine ausreichende Betäubung stattfinden. Dies ist bei der Tötung durch einen Jäger nicht gegeben. Um große Populationen von streunenden Katzen, die auch für Wildtiere zum Problem werden können, zu verhindern, tritt die ÖDP für eine Kastrationspflicht bei Katzen ein. Dadurch könnte viel Tierleid verhindert werden.

b. Treib- und Drückjagden erhöhen die Gefahr von Fehlschüssen, von Verletzung und Tötung nicht bejagter Tiere sowie von ökologischen Begleitschäden. Wie steht Ihre Partei zum Verbot dieser Jagdformen?

zu b:

Ja! Die ÖDP steht für ein Verbot dieser Jagdformen. Die Jagd in der Bewegung erhöht das Risiko von Fehlschüssen, so dass die Tiere vermehrt leiden müssen. Bei Jagden dieser Art wird mitunter nur ein Drittel der Tiere durch Blattschuss erlegt, der Rest wird „nur“ angeschossen. Gerade im Winterhalbjahr beunruhigen diese Jagdformen alle Wildtiere im Wald und kosten sie wichtige Energiereserven.

c. Die Fallenjagd führt häufig dazu, dass Tiere länger andauernde Qualen erleiden und nicht selten auf tierschutzwidrige Weise getötet werden. Zudem besteht ein Verletzungsrisiko für Haustiere und Menschen. Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Fallenjagd?

zu c:

Ja! Wir werden uns für die Abschaffung der Fallenjagd zu jagdlichen Zwecken einsetzen. Das Risiko von Fehlfängen ist groß, ebenso so groß wie die Gefahr, dass das Tier zwar fixiert, aber nicht getötet wird. Zudem werden die nötigen Kontrollfrequenzen oft nicht eingehalten.

7. Wildtiere im Zirkus

Im Jahr 2003 hat der Bundesrat das BMELV erstmals aufgefordert, eine Verordnung zu entwerfen, die das Halten bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus verbietet. Auch nach einer zweiten Aufforderung (2011) hat sich diesbezüglich nichts bewegt, denn auch die angekündigte Novelle des Tierschutzgesetzes wird nicht zu einem Wildtierverbot führen (im Gegenteil dürfte sie ein Verbot sogar fast unmöglich machen). Wird sich Ihre Partei für ein bundesweites Wildtierverbot im Zirkus stark machen?

Ein entschiedenes Ja! Seit über zehn Jahren murksen verschiedene Regierungen an einer Verordnung zum Verbot von Wildtieren im Zirkus herum und immer wieder passiert gar nichts. Die tiergerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus ist unmöglich und deshalb gilt es endlich ein Verbot durchzusetzen.

8. Delfinarien

Eine Haltung von Delfinen in Delfinarien ist weder art- noch zeitgemäß. Diese Erkenntnis führte zu Beginn des Jahres zur Schließung des Delfinariums im Allwetterzoo Münster. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, jetzt auch die beiden letzten Delfinarien (Tiergarten Nürnberg und Zoo Duisburg) abzuschaffen?

Ja! Wir wollen die Schließung der letzten Delfinarien! Sofort! Die ÖDP in Nürnberg hat sich im Protest gegen den Neubau des Delfinariums im Nürnberger Zoo stark engagiert, aber die Macht des Geldes war leider größer. Eine artgemäße und tiergerechte Haltung von Delfinen in Gefangenschaft ist unmöglich und daher schnellstens zu beenden.

9. Pelztierhaltung

Wir sehen in der Pelztierhaltung einen Verstoß gegen die §§ 2 und 2a Tierschutzgesetz sowie gegen das gesetzliche Tierquälereiverbot in § 17 Tierschutzgesetz. Würde sich Ihre Fraktion als Teil der Landesregierung dafür einsetzen, dass über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht wird, die ein Verbot der Pelztierhaltung in Deutschland zum Ziel hat?

Ja! Wir teilen Ihre rechtliche Einschätzung voll und ganz! Einer der ersten Anträge einer Landtagsfraktion der ÖDP im bayerischen Landtag würde sich sicher mit diesem Bundesratsvorstoß befassen.

Zur artgerechten Tierhaltung nimmt auch Grund Nr. 96 des Landtagswahlprogramms Stellung: **Artgemäße Tierhaltung aus Respekt vor den Mitgeschöpfen!**

10. Tierversuche

Welche Position nimmt Ihre Partei zu der Forderung ein, die im Genehmigungsverfahren für Tierversuche zu beteiligenden Ethikkommissionen künftig paritätisch mit Vertretern der Wissenschaft und des Tierschutzes zu besetzen?

Wir stehen voll hinter dieser Forderung! Wie eine Gesellschaft mit Tieren umgeht sagt viel über ihr ethisches Grundgerüst aus und da haben wir einigen Verbesserungsbedarf. Angesichts steigender Tierversuchszahlen hat die bayerische ÖDP Ende 2012 eine Petition im Landtag eingereicht mit dem Ziel: Einrichtung eines Forschungsinstituts an einer bayerischen Universität zur Entwicklung und Förderung von Alternativen zu Tierversuchen. Bezeichnenderweise wurde dieser Vorschlag von allen Landtagsparteien abgelehnt.

Siehe hierzu auch Grund Nr. 97 des Landtagswahlprogramms:

Wir setzen uns für ein Medizinstudium ohne Tierversuche ein und fordern die Einrichtung eines Lehrstuhls zur Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch.

11. Tierschutz in der Schule

In den Lehrplänen der Schulen spielt das Thema Tierschutz kaum eine Rolle. Dabei erscheint es besonders wichtig, gerade Kinder und Jugendliche an einen fairen und verantwortungsbewussten Umgang mit Tieren heranzuführen. Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Arbeit besteht in der Verbesserung sozialer Kompetenzen, wodurch ein Beitrag zur Gewaltprävention geleistet wird. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierschutz in den Lehrplänen einen höheren Stellenwert erhält? Falls ja: Durch welche konkreten Maßnahmen?

Ja! Es gibt viele ehrenamtliche Initiativen, die sich beim Tierschutz um die Jugendarbeit bemühen. Der Staat hat da großen Nachholbedarf und muss sein Engagement in diesem Bereich deutlich steigern, z. B. durch die Förderung der Lehrerweiterbildung im Bereich Tierschutz. Zumindest in den Grundschulen müssen die Kinder mit diesem wichtigen Thema verstärkt in Kontakt kommen.